

8. Juli 2020

**An den Präventionsrat der Stadt Frankfurt  
und die Nachbarschaft Bahnhofsviertel**

Seitens des Präventionsrates Frankfurt wird uns eine strafbare Handlung unterstellt und mit der Möglichkeit einer Freiheitsstrafe gedroht. Dieses Vorgehen mag der Strategie des Präventionsrates entsprechen, „komplexe Themenfelder auf aktuelle und durchsetzbare Ziele“ herunterzubrechen, wie auf der Homepage dargelegt wird. Als eine gelungene Eröffnung zum Dialog mit den Anwohner\*innen betrachten wir es jedenfalls nicht.

Die Klagen über den „Schandfleck Bahnhofsviertel“ sowie die Rufe nach Ordnung und Sicherheit haben schon seit Jahrzehnten Konjunktur. In den letzten Jahren scheinen sie sich aber zu verdichten. So kam es mit der so genannten „Konzertierten Aktion“ erst im Sommer letzten Jahres zu einem Comeback ordnungspolitischer Maßnahmen, mit denen die akzeptierende Drogenpolitik des „Frankfurter Wegs“ teilweise in Frage gestellt wurde.

Wir halten diesen repressiven Umgang für falsch, denn die Verschärfung der sozialen Verhältnisse im Bahnhofsviertel bleibt dabei komplett ausgeblendet. Der rasante Aufwertungsprozess der letzten Jahre – Zwischennutzungen, Luxussanierung von Altbauwohnungen, Umwandlung von Gewerbe- in hochpreisigen Wohnraum, Ansiedlung von gehobener Gastronomie und Club-Cafés – ist wesentlich das Ergebnis stadtpolitischer Entscheidungen. Diese Aufwertung geht einher mit Verdrängungsprozessen, denn der rasante Anstieg der Wohnungsmieten sowie die neuen kommerziellen Nutzungen führen zu Interessenkonflikten, in denen marginalisierte Positionen kaum eine Stimme haben. Unter anderem für die Drogenszene wird der Raum deshalb immer enger, sie konzentriert sich mittlerweile auf wenige Straßenzüge. Die als verstärkt wahrgenommene Präsenz der Drogenszene geht daher nicht auf deren Anwachsen zurück, sondern auf die Eingrenzung ihres Raums. Während des Lockdowns in der Corona-Epidemie wurde diese Situation noch verschärft durch die Schließung bzw. begrenzte Verfügbarkeit einiger Hilfe-Einrichtungen. Dass etwa ein permanent zugemüllter Opernplatz oder andere Innenstadtbereiche bisher kaum ein Thema öffentlichen Ärgernisses war, zeigt zudem deutlich dass die Diskurse im Bahnhofsviertel von Akteuren geführt werden, deren primäres Interesse die Verdrängung von sozial und

wirtschaftlichen marginalisierten Menschen im Sinne der eigenen Geschäftsinteressen zu sein scheint.

Obwohl der Drogenkonsum und die entsprechenden Hilfe-Einrichtungen (z.B. Druckräume und Nachtcafé) offiziell von städtischer Seite aus nicht in Frage gestellt werden, kratzt die zunehmende Repression gegen den Drogenhandel und die Folgeerscheinungen von Armut und Wohnungslosigkeit an deren Existenz. Denn solange es keine Möglichkeit zum legalen Erwerb von Drogen gibt, wird der Handel illegal abgewickelt, und solange Drogenkonsumierende aufgrund ihrer gesellschaftlichen Stigmatisierung häufiger wohnungslos werden, werden sie auf der Straße schlafen und sind so gezwungen, ihren gesamten Alltag im öffentlichen Leben zu bestreiten. Wir denken, dass prinzipiell die Unterstützung- und Hilfsangebote ausgebaut werden sollten, wie wir es auch schon mit einem Konzeptvorschlag beim Ortsbeirat dargelegt haben. Anstatt die Verschärfung der Repression weiter voranzutreiben, wäre daher die Akzeptanz der Drogenszene im Bahnhofsviertel der Ausgangspunkt, von dem aus Verbesserungen der Situation diskutiert werden können: Überlegungen zur Legalisierung von Drogen, Ausbau der Infrastruktur und Aufenthaltsmöglichkeiten für Konsument\*innen, Erweiterung des Angebots an Beratungsmöglichkeiten, Unterstützung von Obdachlosen, Ausbau der öffentlichen Toiletten usw. sind Möglichkeiten, um tatsächlich etwas an Armut und Vereinzelung zu ändern.

Die blinde Durchsetzung der jeweils nur eigenen Interessen wird an der Situation nichts ändern und führt allenfalls zu einer Verschiebung der Problemlagen. Der aktuellen Situation wird die Repression keine Abhilfe schaffen. Eskalierende Strategien für soziale Probleme waren noch nie eine Lösung. Wir rufen daher zum offenen Dialog auf, um mit uns und allen anderen die daran Interessiert sind, gemeinsam über ein solidarisches Viertel zu diskutieren, Menschen in Notlagen zu helfen und sie dabei zu unterstützen, ein würdiges Leben führen zu können. Es gibt bereits jetzt schon (Sozial-)Beratung, künstlerische Intervention, politische Praxen und eine solidarische Umverteilung, die alle zusammen einen Ort entstehen lassen können, in dem sich alle wohlfühlen. Wir wollen also mit allen Initiativen, Einzelpersonen, politischen Gruppen, Künstler\*innen, Gastronom\*innen etc. gemeinsam in Austausch darüber treten, wie sich das Zusammenleben im Bahnhofsviertel solidarisch gestalten lässt.

Mit freundlichen Grüßen,  
die Bewohner\*innen des NiKa Hausprojekts